

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 23.03.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Bruder

Vorsitzender

Frau Kesting

Herr Klein

(Vertretung für
Herrn Huhn)

Frau Sack

Frau Schönfeld

Herr Seidenberg

Herr Winkelmann

Herr Wittler

Beratende Mitglieder

Herr Hagemann

SPD-Fraktion

Herr Jung

CDU-Fraktion

Herr Möller

Behindertenhilfekordinator,
Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention

Herr Petersen-von Knebel

Die Linke-Fraktion

Frau Wegner

Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

(Vertretung für
Frau Labarbe)

Stellvertretende Mitglieder

Frau Beckmann

Frau Drevenstedt

Frau Ramtour

Frau Rodehuts Kors

Gäste

Herr Grohmann

AWO Kreisverband Bielefeld e.V.

Herr Gruschka

Fachhochschule Bielefeld

Herr Rink

Fachhochschule Bielefeld

Verwaltung

Herr Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Herr Meser

Amt für Schule

Herr Seifert

Amt für Schule

Frau Vogel

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Frau Wonderschütz

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Schriftführung

Herr Schloemann

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 9. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass Herr Huhn darum gebeten habe, den Tagesordnungspunkt 10.1 zu vertagen. Der Beschluss über die Umbesetzung der Stellvertretung im Kulturausschuss werde in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 07. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.01.2022

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 07. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.01.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Stand der Umsetzung des Beschlusses „Umsetzung der Mobilitätsstrategie; hier: Erstellung einer Fußverkehrsstrategie“

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Strukturveränderungen in der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Bielefeld**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Information der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.3 **Protesttag am 05.05.2022**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert die Anwesenden, dass der „Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 05.05.2022 stattfindet. Das Bielefelder Aktionsbündnis plant einen Protestmarsch vom Hauptbahnhof aus über die Bahnhof- und die Stresemannstraße zum Kesselbrink. Entlang der Strecke seien Aktionen der Theaterwerkstatt Bethel geplant. Start sei um 11:00 Uhr am Hauptbahnhof. Herr Oberbürgermeister Clausen werde ein Grußwort sprechen. Die Abschlusskundgebung finde am Kesselbrink statt, wo ein symbolischer Forderungskatalog an die Stadt Bielefeld übergeben werde. Inhaltliche Anregungen dazu können dem politischen Stammtisch Bethel mitgeteilt werden.

Zu Punkt 3.4 **Bielefelder Wohnschule**

Frau Schönfeld verweist auf ausliegende Flyer (**Anlage 1**) zum Angebot „Bielefelder Wohnschule“ der Diakonischen Stiftung Ummeln. Im Rahmen eines Bildungskurses biete die Stiftung Beratung und Unterstützung bei Fragen rund um das Thema „Wohnen für Menschen mit Behinderung“ an.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6

Vorstellung Forschungsprojekt PAGAnInI

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt Herrn Gruschka und Herrn Rink von der Fachhochschule Bielefeld. Herr Gruschka erläutert zunächst, dass das Akronym „PAGAnInI“ für „Personalized Augmented Guidance for the Autonomy of People with Intellectual Impairments“ stehe. Ins Deutsche übersetzt bedeute dies „Personalisierte erweiterte Führung für die Autonomie von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung“. Anschließend informiert Herr Rink die Anwesenden anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) über das Forschungsprojekt.

In der nachfolgenden Diskussion gehen Herr Gruschka und Herr Rink auf Fragen und Anregungen des Vorsitzenden Herrn Dr. Bruder, Herrn Hagemann, Herrn Klein, Herrn Petersen-von Knebel, Herrn Seidenberg und Herrn Winkelmann ein.

Es handele sich bei PAGAnInI um ein ergänzendes, personenbezogenes, digitales Angebot in Form einer App für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, welches bestehende analoge Mobilitätstrainingsangebote der Einrichtungen nicht ersetzen, sondern ergänzen solle. Nutzer*innen sollten mit Hilfe der App die für sie auf einem Server hinterlegten, individuellen Strecken im Rahmen eines Trainings zunächst einige Male gemeinsam mit einer Fachkraft abgehen. Aktuell seien Wege hinterlegt, die zu Fuß begangen werden könnten. Da es sich um keine Echtzeit-Navigation handele, warne die App nicht vor plötzlich eintretenden Gefahren. In einem weiteren Entwicklungsschritt könne die Nutzung des ÖPNV inkludiert werden. Ebenso sei es denkbar, dass gebärdensprachliche Lösungen mit einbezogen würden, wengleich die App bereits jetzt mit akustischen sowie visuellen Signalen barrierefrei nutzbar sei. Im Rahmen der Testphase würden die Teilnehmer*innen mit Mittelklasse-Smartphones ausgestattet. Da das Projekt pandemiebedingt ins Stocken geraten sei, seien die durch die Fachhochschule Bielefeld für die Teilnehmer*innen beschafften Smartphones jedoch bereits zweieinhalb Jahre alt. Bezüglich Speicher- und Leistungsanspruch der App auf den Endgeräten könne keine Auskunft gegeben werden. Da die individuellen Strecken auf dem Server gespeichert würden, könne davon ausgegangen werden, dass auch ältere Mittelklasse-Smartphones noch ausreichend leistungsfähig seien.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Gruschka und Herrn Rink für ihre Ausführungen und bittet um einen Erfahrungsbericht nach Abschluss des Projektes.

-.-.-

Zu Punkt 7

Verwendung der jährlichen Inklusionspauschale zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion für das Schuljahr 2021/2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3510/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt Herrn Meser und Herrn Seifert. Herr Seifert informiert die Anwesenden, dass der **Schul- und Sportausschuss** in seiner Sitzung vom 15.03.2022 der Vorlage einstimmig zugestimmt habe und geht kurz auf die Beschlussvorlage ein. Herr Meser ergänzt, dass die Mittel zur Beschäftigung von Schulsozialarbeiter*innen für die Bereiche Gemeinsames Lernen/Inklusionsförderung an Regelschulen eingesetzt würden.

Im Anschluss beantworten Herr Meser und Herr Seifert Fragen von Frau Wegner, Vorsitzendem Herrn Dr. Bruder, Herrn Jung und Herrn Winkelmann.

Bezüglich der Höhe der zur Verfügung gestellten Fördermittel sei das Amt für Schule auf das Land angewiesen und könne darauf keinen Einfluss nehmen. Natürlich wäre ein größeres, durch das Land bereitgestelltes Fördervolumen begrüßenswert. Durch den ab 2026 in Kraft tretenden Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung könne der Bedarf an Fördermitteln aus der Inklusionspauschale steigen. Aktuell würden die durch das Land bereitgestellten Mittel eins zu eins für Kinder mit Förderbedarf eingesetzt. 18 Schulsozialarbeiter*innen seien durch das Amt für Schule beschäftigt. Für die Aufgabe der Bekämpfung von Pandemiefolgen seien derzeit bis Ende 2022 neun zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen eingestellt worden, deren Personalkosten aus Mitteln des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe refinanziert würden.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die Mittel der Inklusionspauschale für das Schuljahr 2021/22 in Höhe von 956.154,78 € werden wie folgt weiterverwendet:

1.

In Höhe der ursprünglichen Inklusionspauschale des Schuljahres 2015/16 (183.665 Euro) sowie in Höhe eines weiteren Betrages von 193.333,31 € sind die Mittel gebunden für sechs im Stellenplan verankerte Stellen „Schulsozialarbeit Inklusion“.

2.
Ein weiterer Betrag in Höhe von ca. 182.000 Euro soll auch für die Schulsozialarbeit an Schulen verwendet werden.

3.
Die vom Schul- und Sportausschuss am 20.06.2017 beschlossene Verwendung eines Betrags in Höhe von 188.918 Euro zur Förderung der schulischen Inklusion in den Offenen Ganztagschulen (OGS) mit dem vorrangigen Schwerpunkt inklusiver Ferienangebote und besonderer Projekte und nachrangig für den laufenden OGS-Betrieb zur Deckung von erhöhtem Personalaufwand wird fortgeführt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt weiterhin auf Basis einer „pro-Kopf“-Pauschale je Integrationskind gem. Stichtag der aktuellen amtlichen Schulstatistik. Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

4.
Ein Betrag in Höhe von 197.595 Euro wird bedarfsgerecht in der OGS zur zusätzlichen Begleitung von Kindern, die neben dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf auch einen Integrationshelfer benötigen, zur Verfügung gestellt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt auf Antrag und auf Basis des jeweiligen Anteils am bestehenden Gesamtbedarf. Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

5.
Die Differenz zwischen dem Betrag aus dem Bescheid für das Schuljahr 2021/2022 und der Summe der Positionen 1. – 3. in Höhe von 10.643,47 € wird aufgrund von Tarifierhöhungen weiterhin zweckentsprechend verwendet.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Übersicht der im Jahr 2022 aus dem Integrationsbudget finanzierten LuF-Maßnahmen mit Einschätzung der Verwaltung zur Fortsetzung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3526/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Informationsvorlage der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9

Stadtteilzentrum „Viertelpunkt“: Zwischenbericht des AWO Kreisverbandes Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3631/2020-2025

Anhand einer Präsentation (**Anlage 3**) informiert Herr Grohmann die Anwesenden über die Arbeit des Stadtteilzentrums „Viertelpunkt“.

Im Anschluss geht Herr Grohmann auf Fragen und Anregungen von Vorsitzendem Herrn Dr. Bruder, Herrn Hagemann, Herrn Jung, Herrn Klein, Herrn Seidenberg und Herrn Winkelmann ein.

Das Stadtteilzentrum „Viertelpunkt“ arbeite mit dem „DRK Kita- und Familienzentrum Weltweit“ sowie den „Stadtteilmüttern im Ostmannturmviertel“ in Aktionen zusammen. Diese Zusammenarbeit solle weiter verstetigt werden. Das Stadtteilzentrum stehe selbstverständlich allen Menschen ohne und auch mit Behinderung unabhängig von der Art ihrer Behinderung, offen. Die Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten des Stadtteilzentrums seien aktuell leider für Menschen, welche auf einen Rollstuhl angewiesen seien, nicht einfach. Als rollstuhlgeeigneter Eingang könne momentan nur der Nebeneingang genutzt werden. Darüber hinaus sei die ca. 80 m² große Terrasse trotz Zusage nicht bis Ende 2021 fertiggestellt. Hinzu komme, dass der Bereich der geplanten Terrasse als Kampfmittelverdachtsfläche gelte. Leider könne die AWO auf die Untersuchung und den Fortschritt der Baumaßnahmen keinen Einfluss nehmen.

Auf Hinweis von Frau Vogel, dass das Bauamt aufgrund der erhaltenen Fördermittel für den Umbau des Umweltzentrums zuständig sei, erwägt Vorsitzender Herr Dr. Bruder, eine Anfrage an das Bauamt zur Fortführung der Baumaßnahmen vorzubereiten.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 10

Vorschlag des Beirates für Behindertenfragen zur Berufung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Beirates als sachkundige Einwohner/innen in städtische Gremien

Zu Punkt 10.1

Kulturausschuss

- vertagt -

Zu Punkt 11

Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Möller informiert die Anwesenden anhand einer Präsentation (**Anlage 4**) über Aktuelles aus der Inklusionsplanung.

Frau Kesting begrüßt, dass eine Arbeitsgruppe „Sexualität Menschen mit Behinderungen“ gebildet worden sei und erklärt, dass sie die Arbeit der Arbeitsgruppe gerne persönlich unterstützen wolle. Herr Möller dankt Frau Kesting für ihr Angebot und sichert ihr zu, bezüglich einer Mitarbeit in der Arbeitsgruppe auf sie zuzukommen.

Zu dem Projekt „Assistenzhunde“ teilt Herr Möller mit, dass mit Frau Wonderschütz eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Bewusstseinskampagne für die Öffentlichkeit gebildet werde. Frau Wonderschütz stellt sich sowie ihr Arbeitsgebiet im Amt für soziale Leistungen kurz vor. Auf Nachfrage, ob sich auch Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen in der Arbeitsgruppe engagieren wollten, erklären Frau Rodehuts Kors, Frau Sack und Herr Seidenberg hierzu ihre Bereitschaft. Herr Möller weist darauf hin, dass die Sitzungstermine flexibel abgestimmt würden.

-.-.-

Zu Punkt 12

Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Frau Kesting berichtet aus der Sitzung des **Jugendhilfeausschusses** vom 09.03.2022. Relevante Themen seien das zielgruppenspezifische Streetwork, hier in Bezug auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, die Vorstellung des Projektes „BeWEGt“ sowie die mögliche Darstellung der Spielflächen im Geographischen Informationssystem gewesen.
- Aus den Sitzungen des **Schul- und Sportausschusses** vom 10.03.2022 und 15.03.2022 berichtet Frau Schönfeld. In der Sitzung vom 10.03.2022 habe der Ausschuss sich über die Entscheidung zum Kauf des Seidensticker-Geländes für die Errichtung des Bildungscampus verständigt. Die Verwaltung sei auf Antrag der Koalition in der Sitzung am 15.03.2022 verpflichtet worden, zeitnah im Ausschuss über den Einsatz und die Bewilligungspraxis von Integrationshelfer*innen zu berichten.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet, dass der **Seniorenrat** in der Sitzung vom 16.03.2022 einen Antrag zur Beendigung der Nutzung von E-Scootern im „Free-Floating-Verfahren“ beschlossen habe. Die Nachtrags-Beschlussvorlage werde im **Stadtentwicklungsausschuss** am 10.05.2022 behandelt. Er werde einen ähnlichen Antrag zu der Thematik für die nächste Sitzung des Beirates vorbereiten.

- Herr Seidenberg berichtet, dass es über den **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** zur Abstimmung von barrierefreien Mobilitätsplanungen mit dem Beirat für Behindertenfragen zu einem guten Kontakt mit der Initiative „Radentscheid“ gekommen sei.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet aus der Sitzung des **Stadtentwicklungsausschusses** vom 08.03.2022. Thema sei u. a. der Erwerb und Umbau der Hammer Mühle durch die Stadt gewesen. Darüber hinaus habe Vorsitzender Herr Dr. Bruder in der Sitzung nachdrücklich auf die Beachtung der Barrierefreiheit im Fußverkehr hingewiesen.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert die Anwesenden, dass der **Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“** die Bearbeitung von drei Baubeteiligungsverfahren abgeschlossen habe.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Bericht an die Presse**

Herr Möller regt in Anbetracht der aktuellen Flüchtlingssituation die Abgabe einer Presserklärung des Beirates für Behindertenfragen an. Er empfehle dem Beirat zu erklären, dass dieser die Gruppe der geflüchteten Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine wahrnehme und sich für eine unbürokratische Unterstützung dieser Gruppe einsetze. Frau Wegner unterstützt die Empfehlung von Herrn Möller.

Herr Winkelmann spricht sich für ein gemeinsames Statement von dem beratenden, stimmberechtigten Beiratsmitglied Frau Waters und Vorsitzendem Herrn Dr. Bruder aus. Vorsitzender Herr Dr. Bruder erklärt sich damit einverstanden. Herr Möller sichert zu, Frau Waters diesbezüglich anzusprechen.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Bruder
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)